



Niederschrift

über die

39. Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Freitag, den 08.11.2013
Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr
Sitzungsende: 10:11 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Landratsamtes in Erlangen

Anwesend sind:

Landrat Eberhard Irlinger
 stv. Landrat Manfred Bachmayer

CSU-Fraktion

Kreisrat Andreas Galster
 Kreisrätin Christa Matschl
 Kreisrat Walter Nussel
 Kreisrätin Friederike Schönbrunn
 Kreisrat Ulrich Wustmann

SPD-Fraktion

Kreisrat Jörg Bubel
 Kreisrat Konrad Gubo
 Kreisrat Dr. German Hacker
 Kreisrat Christian Pech

FW-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm
 Kreisrat Wilfried Glässer

bis 10:10 Uhr; während TOP II/6.4
 bis 10:07 Uhr; während TOP II/6.4

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Wolfgang Hirschmann

Gäste/Sachverständige

Kreisrätin Elke Weis

nicht Mitglied im KA

Schriftführer

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

Verwaltung

Verwaltungsdirektor Dieter Sperber
 Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer
 Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt
 Verwaltungsamtsrat Dietmar Pimpl
 Oberregierungsrätin Kathrin Gensler
 Kreisbaumeister Thomas Lux
 Regierungsrat Manuel Hartel
 Verwaltungsamtsrätin Andrea Wittmann
 Beschäftigte Jutta Leidel
 Beschäftigter Bernhard Richter
 Regierungsinspektor Markus Vogel
 Beschäftigter Friedrich Schlegel

bis 09:55 Uhr; nach TOP II/4
 bis 09:52 Uhr; Ende öffentl. Sitzung
 bis 09:55 Uhr; nach TOP II/2
 bis 09:52 Uhr; Ende öffentl. Sitzung
 bis 09:59 Uhr; nach TOP II/4
 bis 09:02 Uhr; nach TOP I/2

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Berufung des Wahlleiters und des stellvertretenden Wahlleiters für die Landkreiswahlen am 16. März 2014.
2. Entschädigung der Beisitzer für die Teilnahme an den Sitzungen des Wahlausschusses für Landkreiswahlen.
3. Kreishaushalt 2014; Stand des Aufstellungsverfahrens.
4. Ehrenamtskarte.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 25.10.2013; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung:

1. **Berufung des Wahlleiters und des stellvertretenden Wahlleiters für die Landkreiswahlen am 16. März 2014**

Den Mitgliedern des Kreisausschusses wurde zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage zur Verfügung gestellt.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Zum Wahlleiter für die Landkreiswahlen am 16.03.2014 wird Herr Landrat Eberhard Irlinger gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GLKrWG berufen. Zum stellvertretenden Wahlleiter wird der Leiter der Abteilung 2 – Kommunales und Jugend – Herr Regierungsdirektor Wolfgang Fischer gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GLKrWG berufen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

2. **Entschädigung der Beisitzer für die Teilnahme an den Sitzungen des Wahlausschusses für Landkreiswahlen**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Die Beisitzer des Wahlausschusses erhalten anlässlich der Teilnahme an Sitzungen des Wahlausschusses eine Sitzungsentschädigung in analoger Anwendung des § 1 Abs. 2 Satz 1 der Satzung zur Regelung der Entschädigung ehrenamtlich tätiger Kreisräte und sonstiger Kreisbürger.

Dieser Beschluss gilt solange, bis dieser Beschluss aufgehoben oder ein anderslautender Beschluss gefasst wird.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

3. **Kreishaushalt 2014; Stand des Aufstellungsverfahrens**

Die Mitglieder des Kreisausschusses erhalten zum Stand des Aufstellungsverfahrens des Kreishaushaltes 2014 eine Tischvorlage. Landrat Irlinger teilt zusammengefasst mit, nach dem aktuellen Sachstand betrage das Volumen des Verwaltungshaushaltes voraussichtlich rund 109 Mio. €, das des Vermögenshaushaltes 14 Mio. €. Aufgrund der sich abzeichnenden erheblichen Steigerung des Finanzbedarfs im Einzelplan 4 um 2,2 Mio. € (davon Jugendhilfe + 2,0 Mio. €) könne im Gesamtabgleich des Verwaltungshaushalts derzeit weder eine gesetzliche Mindestzuführung noch die im Hinblick auf das außerordentlich hohe Investitionsprogramm mit den Schwerpunkten Neubau des Landratsamtes, Schulen und Krankenhaus, finanzwirtschaftliche notwendige Mindestzuführung erreicht werden. Sollte sich in den nächsten Wochen durch die Vorberatung in den Fachausschüssen, durch Verbesserungen im Finanzausgleich und/oder durch die Senkung des Hebesatzes der Bezirksumlage keine Entlastung ergeben, müsse wohl zur dauerhaften Aufgabenerfüllung und Fortführung der soliden Finanzpolitik des Landkreises eine Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage um 1 v. H. vorgeschlagen werden. Landrat Irlinger geht im Weiteren auf die sich abzeichnende Finanzsituation beim Bezirk Mittelfranken ein und erklärt, nach bisherigen Informationen wolle der Bezirk Mittelfranken seinen bayernweit höchsten Umlagesatz von 25,0 v. H. trotz eines erheblichen Zuwachses der Umlagekraft um 8,2 % und einer deutlichen Entlastung des Sozialtats nicht senken. Hier werde

jedoch ein erhebliches Senkungspotential gesehen. Eine Minderung um 1 Hebesatzpunkt würde den Landkreis mit 1,2 Mio. € entlasten. Abschließend teilt Landrat Irlinger mit, ein Termin für das Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2014 sei noch nicht festgelegt. Der Haushaltsentwurf des Landkreises für das Jahr 2014 werde nach Abschluss der Vorberatungen in den Fachausschüssen, nach Festsetzung des Hebesatzes der Bezirksumlage und nach Durchführung des FAG-Spitzengesprächs zum kommunalen Finanzausgleich fertig gestellt. Die abschließenden Haushaltsberatungen sollen am 27.01.2014 im Kreisausschuss und am 03.02.2014 im Kreistag erfolgen.

In der anschließenden Beratung wird vor allem die Notwendigkeit der bisherigen Höhe des Hebesatzes der Bezirksumlage kritisch diskutiert. Kreisrat Nussel spricht sich nachdrücklich dafür aus, den Präsidenten des Bezirkstages einzuladen und sich die Gründe für das Finanzverhalten des Bezirkes zum besseren allgemeinen Verständnis erläutern zu lassen. Kreisrat Galster erklärt, angesichts der Finanzlage müsse auch in den Fachausschüssen darauf geachtet werden, keine unabweisbaren Leistungsausweitungen zu beschließen.

Abschließend nehmen die Mitglieder des Kreisausschusses den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4. Ehrenamtskarte

Die Mitglieder des Kreisausschusses haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage erhalten. Landrat Irlinger teilt mit, auf vielfachen Wunsch habe er die Koordinationsstelle für bürgerschaftliches Engagement beauftragt, zur Frage der Einführung einer Ehrenamtskarte eine Synopse der bereits existierenden Varianten einer Ehrenamtskarte zu erstellen. Diese liegt nun vor und wurde den Kreisausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werde die Akzeptanz und Wirkung dieser Karten derzeit von der Universität München im Rahmen eines Gutachtens untersucht. Erste Ergebnisse seien bis Ende des Jahres zu erwarten. Nach jetzigem Kenntnisstand wird die Wirkung der Bayerischen Ehrenamtskarte als bayernweit gültige persönliche Karte landesweit positiv beurteilt. Jede Einführung einer Ehrenamtskarte verursache für den Landkreis auch Kosten für den Verwaltungsaufwand. Landrat Irlinger erklärt, für den Fall der Einführung einer Ehrenamtskarte spreche er sich für die Bayerische Ehrenamtskarte aus. Mit dieser könne die bereits praktizierte Anerkennungskultur und die Würdigung der Leistung aller ehrenamtlich Tätigen im Landkreis attraktiv ergänzt werden.

In der anschließenden Diskussion wird übereinstimmend die Prüfung der Einführung einer Ehrenamtskarte im Landkreis Erlangen-Höchststadt begrüßt und angeregt, eine einheitliche Handhabung im Landkreis auch mit den Bürgermeistern abzustimmen. Eine Ehrenamtskarte sollte auch in der Region einen Nutzen für die Ehrenamtlichen bringen. Kreisrat Nussel schlägt vor, den finanziellen Aufwand für eine Ehrenamtskarte im Haushalt 2014 vorläufig zu berücksichtigen und nach Vorlage des Gutachtens der Universität München im Januar nochmals darüber zu beraten.

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den Haushalt 2014 vorläufig die Kosten für die Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte aufzunehmen. Hierbei sind ein möglicher Zuschuss zu den Kosten sowie die Personalkosten in Höhe von einem Drittel einer Beamten-/Beschäftigtenstelle (im Bereich 2. QE) zu berücksichtigen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Erlangen, 11.11.2013

Eberhard Irlinger
Landrat

Birgit Stolla
Regierungsamtfrau